ISRAEL ZWISCHENZEILEN
MAGAZIN - LEBEN IN ISRAEL

AUSGABE: Nr. 44/2024 – Woche 18.11.24 bis 24.11.24

Mehr als 100 Geiseln befinden sich noch immer in den Händen von palästinensischen Terroristen in Gaza. Sie und ihre Familien gehen seit vielen Monaten durch die Hölle. Wir müssen sie nach Hause bringen, jeder Tag zählt. So lange sie in Gaza sind, sind wir alle da.

Freilassung der Geiseln sollte wichtigstes Kriegsziel sein

Umfragen zufolge befürwortet eine grosse Mehrheit der Israelis einen Geiselaustausch mit der Hamas, der den Krieg in Gaza beenden würde. Bisher war ein solches Abkommen daran gescheitert, dass die Hamas ein sofortiges Ende des Krieges verlangte und die israelische Regierung dem nicht zustimmen wollte. In einem Meeting der Regierung haben Sicherheitschefs empfohlen, dass die Regierung ihre Haltung zur Beendigung des Krieges

aufweichen müsse, um ein Geiselabkommen zu erreichen. Die Freilassung der Geiseln sollte das wichtigste Kriegsziel sein, das fordern nicht nur Angehörige seit Monaten.

Unterdessen erschüttert ein Skandal das Land, um geheime Dokumente, die der deutschen Bild-Zeitung aus dem Büro des israelischen Ministerpräsidenten zugespielt wurden. Die Dokumente lenken die Schuld für geplatzte Geiseldeals auf die Hamas und im Besonderen Sinwar - und vom israelischen Premierminister weg. Darüber hinaus implizierten die Unterlagen, dass Geiselproteste nur die Hamas stärken würden.

Die unrechtmässige Weitergabe der vertraulichen Dokumenten gefährdete laut Experten sowohl die Bemühungen um die Geiselbefreiung als auch laufende Operationen der israelischen Armee und des Shin Bet im Gazastreifen. Das Geisel-Forum kritisierte die Handlungen scharf und betonte, dass sie die moralische Pflicht, alle Geiseln sicher zurückzubringen, schwer beschädigten.

Während die Gespräche zwischen Israel und der Hamas über ein Abkommen zur Freilassung der Geiseln in einer Sackgasse stecken, hat die palästinensische Terrororganisation „Islamischer Dschihad“ seine eigene Kampagne für ein Abkommen zur Freilassung der von ihm gefangen gehaltenen Personen gestartet. Die Organisation veröffentlichte in der letzten Woche zwei Videos, in denen Alexander (Sasha) Troufanov, eine Geisel, die sie im Gazastreifen gefangen hält, Israel auffordert, die Bemühungen um seine Freilassung zu erneuern. Ob die Terroristen an einem eigenen Geiseldeal interessiert sind, ist bisher unklar.

Wann kommen die Geiseln endlich nach Hause? (Bild: Free Malaysia Today).

Angehörige von 7. Oktober-Opfern verklagen Iran

Familien amerikanischer Opfer des Massakers vom 7. Oktober letzten Jahres reichten jetzt bei einem US-Bundesgericht Klage gegen den Iran und eine Reihe mit ihm verbundener Terrorgruppen ein. Die Kläger legten nach Angaben eines Anwalts neue Beweise für die Beteiligung Teherans an dem Anschlag vor.

Die Klage stützt sich auf geheime Dokumente, die der Anwalt Gary Osen aufgedeckt hat und aus denen hervorgeht, dass die Islamischen Revolutionsgarden Millionen von Dollar an die Hamas gezahlt haben. Die Anklageschrift enthält auch ein Dokument von einem Treffen hochrangiger Hamas-Mitglieder aus dem Jahr 2022, bei dem u.a. Yahya Sinwar und Khalil al-Hayya die Bedingungen eines gegenseitigen Verteidigungsabkommens zwischen der Hamas und anderen vom Iran unterstützten Terrorgruppen für den Fall eines Krieges festgehalten haben. Das Papier enthält einen Beschluss, den Iran zu bitten, der Hamas monatlich 7 Millionen Dollar zu schicken, „um sich zu mobilisieren und auf Konfrontationen“ mit Israel vorzubereiten.

Nach Angaben der New York Times wurden diese Gelder von der Hamas genutzt, um sich auf den Angriff vom 7. Oktober vorzubereiten.
Neben dem Iran und dem IRGC werden in der Klage auch die Hamas, die Hisbollah, der Palästinensische Islamische Dschihad und die Volksfront zur Befreiung Palästinas genannt. Viele der Opfer, deren Familien die Klage eingereicht haben, hatten auch israelische Staatsbürgerschaften und wurden am 7. Oktober getötet oder entführt. Zu den Klägern gehören auch Bewohner des südlichen Israels, die während oder nach den Anschlägen emotionales Leid erfahren haben.

Milliarden Schadenersatz

Mit der in Washington DC eingereichten Klage wird eine nicht näher bezifferte finanzielle Entschädigung für die Familien gemäss dem US Foreign Sovereign Immunities Act und dem Anti-Terrorism Act gefordert.
Die Klage ist nicht die erste, die im letzten Jahr von Opfern der Anschläge vom 7. Oktober gegen den Iran eingereicht wurde. Im Februar 2024 reichten 67 Kläger beim Bezirksgericht des District of Columbia eine Klage ein, in der sie den Iran auf 1 Milliarde Dollar Schadensersatz verklagten, da er ihrer Meinung nach „direkt verantwortlich“ für den Terroranschlag sei. In einer weiteren Klage, die bei einem Bundesgericht in New York eingereicht wurde, wird dem Iran, Syrien und Nordkorea vorgeworfen, die Terroristen mit Geld, Waffen und Know-how versorgt zu haben, die für die Durchführung des Anschlags erforderlich waren.

Klagen wie diese sind kompliziert. Ein prominentes erfolgreiches Beispiel ist das Urteil im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf die US-Marine-Kaserne in Beirut 1983, für den der Iran verantwortlich gemacht wurde. In diesem Fall wurden über 8,8 Milliarden Dollar an Schadensersatz zugesprochen, die unter anderem durch eingefrorene iranische

Vermögenswerte beglichen werden sollten. Die Vollstreckung solcher Urteile ist jedoch oft umstritten und rechtlich herausfordernd.

In Amerika laufen mehrer Klagen von 7. Oktober Opferfamilien gegen die islamische Regierung im Iran und verschiedene Terrororganisationen (Bild: Pixabay)

Viele Reservisten leiden an Burnout

Die Zahl der Reservisten, die sich zum Dienst melden, ist in den letzten Wochen im Vergleich zum Beginn des Krieges deutlich gesunken. Zu Beginn des Krieges meldeten die israelischen Verteidigungsstreitkräfte, dass mehr als 100 Prozent der zum Dienst einberufenen Reservisten erschienen waren – insgesamt fast 300.000 Reservisten, was die bisher grösste Einberufung von Reservisten in der Geschichte Israels darstellt. In einigen Einheiten lag die Einberufungsquote bei 150 Prozent, wobei viele Reservisten zum Dienst erschienen, obwohl sie keine formellen Befehle erhalten hatten.

In den letzten Wochen schwankte die Einberufungsquote der Reservisteneinheiten, die derzeit im Libanon und im Gazastreifen kämpfen, nach Angaben aus Verteidigungskreisen zwischen 75 und 85 Prozent. Offiziere führen den Rückgang auf ein Burnout der Reservisten zurück. Viele der Soldaten kämpfen seit mehr als einem Jahr im Krieg, das bedeutet lange Zeit von ihren Familien getrennt zu sein. Einige haben auch wegen des andauernden Reservedienstes ihren Arbeitsplatz verloren oder ihr Studium verpasst.

Die Armee versucht stetig, ihre Reihen zu erweitern und die Dauer des Wehrdienstes zu verlängern, um die Reservisten von längeren Einsätzen zu entlasten, da viele von ihnen bereits den grössten Teil des Krieges gedient haben und voraussichtlich auch im nächsten Jahr zu mehr als 100 Einsatztagen einberufen werden. Ausserdem werden etwa 10.000 neue Soldaten benötigt – hauptsächlich Kampftruppen. Unter anderem sollen mehr ultraorthodoxe Männer eingezogen werden, die bisher kaum in der Armee dienen, aber aufgrund ihrer besonderen Bedürfnisse (z.B. Einheiten, in denen es keine Frauen gibt) können in diesem Jahr nur 3.000 ultraorthodoxe Soldaten zusätzlich aufgenommen werden. Zu dieser Gruppe kommen noch etwa 1.800 Charedi-Soldaten hinzu, die bereits jährlich eingezogen werden.

Israelische Soldaten an der Grenze zu Syrien (Bild: IDF).

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il

Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN. Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 - Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon
Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach - SWIFT/BIC: LINSCH23XXX